

Lehrkräfte der
Henry-Harnischfeger-Schule
Frankfurter Straße 67
63628 Bad Soden-Salmünster
Bad Soden-Salmünster, den 19.10.2018

Hessisches Kultusministerium
z.Hd. von Herrn Kultusminister
Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Auf dem Dienstweg

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lorz,

wir sind das Kollegium einer sechszügigen Integrierten Gesamtschule mit angeschlossener Grundschule im ländlich geprägten Osten des Main-Kinzig-Kreises.

Im gesamten Kollegium herrscht große Sorge darüber, dass unsere Kernaufgaben nicht mehr qualitativ angemessen und den eigenen Ansprüchen, sowie den von der Gesellschaft geforderten und notwendigen Ansprüchen und Erwartungen entsprechend, von uns erfüllt werden können. Gesellschaftlicher Wandel und eine Veränderung der Schülerstruktur haben auch die Bedürfnisse der von uns zu unterrichtenden Lernenden stark verändert. Die Probleme mit zunehmender Heterogenität der Schülerschaft, Inklusion, zunehmende Bürokratisierung, mangelnder Ausstattung und weitere täglich zunehmende Herausforderungen sind zeitlich, psychisch und physisch kaum noch zu bewältigen. Sollte sich an dieser Entwicklung nichts drastisch ändern, werden sowohl die Qualität des Unterrichts als auch die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen die Leidtragenden sein.

Bewusst haben wir uns als Kollegium der Henry-Harnischfeger-Schule noch gegen eine Überlastungsanzeige entschieden, wollen uns aber mit diesem Schreiben ausdrücklich mit den Schulen solidarisieren, die diesen Schritt gegangen sind.

Auch bei uns ist die Grenze des Leistbaren erreicht, zum Teil auch überschritten.

Im Folgenden möchten wir einen Einblick in die Belastungen geben, die in den letzten Jahren zu unseren bisherigen ohnehin schon umfangreichen Aufgaben hinzukamen oder zu einer weiteren zeitlichen Erhöhung des Arbeitsumfanges geführt haben.

Inklusion und Migration stellen Schulen vor neue Herausforderungen. Es sollte selbstverständlich sein, dass alle Schülerinnen und Schüler eine bestmögliche Förderung erhalten.

Unzureichende Ausstattung mit Förderschullehrerinnen und -lehrern bei gleichzeitig steigender Anzahl von Schülern mit Förderbedarf oder Migrationshintergrund (teilweise noch nicht alphabetisiert oder gar noch nie beschult) bedeutet:

- zusätzlich zur bisherigen Differenzierung des Unterrichts Mehraufwand in jeder Unterrichtsstunde und bei jeder Klassenarbeit für extrem heterogene Lerngruppen,
- zeitaufwändiges Erstellen der nötigen Materialien, da bislang sehr wenig angemessenes Arbeitsmaterial zur Verfügung steht bzw. die Schule dafür keine ausreichenden Geldmittel hat,
- stark erhöhter Zeitaufwand für intensive Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen wie Schulpsychologie, Kliniken, Jugendamt, Schulen für Hör- und Sehgeschädigte, Betreuungseinrichtungen, Einrichtungen für Geflüchtete etc.,
- großer Aufwand für Förderpläne und Zeugnisse von Kindern in inklusiver Beschulung.

Daher fordern wir:

Eine konsequente Doppelbesetzung aller Klassen durch Förderlehrerinnen und -lehrer

Qualitativ guter Unterricht und damit eine entsprechende Vor- und Nachbereitung der Stunden ist selbstverständlich unsere Kernaufgabe. **Immer neue Aufgaben, zusätzliche Bürokratisierung und Datenschutz** nehmen aber immer mehr Arbeitszeit in Anspruch.

Dazu gehören vor allem:

- Lernstandserhebungen und andere Vergleichsarbeiten, welche großen verwaltungstechnischen Aufwand erfordern,
- intensivere Schulentwicklungsarbeit (Erstellen von Schulprogrammen, Entwickeln von Konzepten für Medien, Methoden, Leseförderung, LRS, Verkehrserziehung, gesunde Ernährung, Krisenmanagement, Suchtprävention ...),
- Erstellen und ständige Anpassung fachspezifischer Curricula für alle Jahrgänge,
- verstärkte Maßnahmen in der Berufsorientierung und Beratung (z.B. zusätzliches Praktikum in Kl. 9, Berufsorientierungswoche, Kompo7),
- Führung von Klassenkonten und Kontenprüfung,
- vermehrte Schulverwaltungsaufgaben durch Erstellen von Listen, aufwendige Führung und Neusortierung von Schülerakten, Einsammeln von Geldern und entsprechende Verwaltung (Planer, Materialgeld, Foto-Geld, Beträge für Lektüren und Arbeitshefte etc., Beträge für Ausflüge, Exkursionen und Klassenfahrten...),
- zunehmende Dokumentationspflicht der Förderpläne und vorbeugenden Maßnahmen,
- vorbeugende Maßnahmen und die zugehörigen Verwaltungsaufgaben durchführen,
- Durchsetzung der Datenschutzbestimmungen, die das Arbeiten in allen Bereichen erschweren und für jede Aufgabe zu einem erhöhten Zeitaufwand führen.

Daher fordern wir:

Eine Reduzierung der Wochenstundenzahl angepasst an den erhöhten Arbeitsaufwand

Erziehung ist ein selbstverständlicher Teil unserer Aufgaben, aber **seit geraumer Zeit steigt die Zahl der intensiver zu betreuenden Schülerinnen und Schüler**. Zugleich gibt es an unserer Schule für ca. 1000 Schülerinnen nur zwei Schulsozialarbeiterinnen (einmal UBUS). Dadurch kommt es für alle Lehrkräfte zu einem deutlich höheren Zeitaufwand durch:

- pädagogische Maßnahmen und Absprachen mit Kindern,
- immer mehr intensive und regelmäßige Kommunikation mit Eltern und Schülern (oft abends und am Wochenende), Jugendämtern und Schulpsychologen,
- Erstellung von Förderplänen,
- die konsequente Einhaltung bzw. Überprüfung der Fördermaßnahmen,
- häufige Klassenkonferenzen bzw. Teamsitzungen mit Kolleginnen und Kollegen zur Beratung, Abstimmung und zum Austausch.

Daher fordern wir:

Eine deutliche Reduzierung der Schülerzahlen pro Klasse

Eine deutliche Erhöhung der Stunden für die Schulsozialarbeit

Guter Unterricht braucht gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. In den letzten Jahren wird es immer schwerer, zugewiesene Stunden mit angemessenem Lehrpersonal zu besetzen. Teilweise ist dies nur mit großer Verzögerung möglich.

Mehr Lehrerinnen und Lehrer bekommt man nur durch eine entsprechende Anerkennung des Berufs, daher fordern wir:

Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder,

Keine weiteren Einsparungen auf Kosten von Besoldung und Beihilfe,

Angleichung der Besoldung der Grundschullehrerinnen und -lehrer an die Sekundarstufe.

